

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD**

### **Beendigung des Krieges in Tschetschenien**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre bisherige Position zu korrigieren, wonach die Menschenrechtsverletzungen und die Mißachtung internationalen Rechts in Tschetschenien eine „innere Angelegenheit“ Rußlands seien.
2. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung gegenüber den Verantwortlichen in der Russischen Föderation darauf dringt, die Kriegshandlungen in Tschetschenien unverzüglich zu beenden.
3. Die Bundesregierung muß dem russischen Präsidenten und der russischen Regierung unzweideutig klarmachen, daß in Tschetschenien die Bestimmungen des Zusatzprotokolls zum Rotkreuz-Abkommen, die Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und die Grundsätze des OSZE-Verhaltenskodexes verletzt wurden, was die Beziehungen Rußlands zur internationalen Staatengemeinschaft belastet.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der russischen Regierung darauf zu bestehen, daß Rußland den Konflikt in der Russischen Föderation mit Tschetschenien auf dem Verhandlungswege löst. Die Bundesregierung sollte sich in der OSZE dafür einsetzen, daß Beobachter in das Krisengebiet entsandt werden um sicherzustellen, daß in Zukunft die Normen der Charta von Paris und des OSZE-Verhaltenskodexes eingehalten werden.
5. Die Militäreinsätze in Tschetschenien erschüttern das Vertrauen in den Demokratisierungsprozeß der Russischen Föderation. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Unterstützung für die russischen Demokraten, die sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Russischen Föderation einsetzen.

Bonn, den 18. Januar 1995

**Rudolf Scharping und Fraktion**

